

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,50 M. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Einjahresabonnement: 1,50 M. pro Monat. Einjahresabonnement in die Post. Zeitungsdruckerei. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je Zeile 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das erste Wort 30 Pf. (zweite 20 Pf. dritte 10 Pf. vierte 5 Pf. fünfte 3 Pf. sechste 2 Pf. siebte 1 Pf. achte 1 Pf. neunte 1 Pf. zehnte 1 Pf. jeden weiteren Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 8. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Reichsbudget, Kriegskredite und Volksernährung.

Eine wichtige Reichstagsführung.

Die gestrige Reichstagsführung zerfiel in zwei scharf getrennte Abschnitte. Von 10-12 Uhr beherrschten das Reichsbudget und die neuen Kriegskredite die Sitzung, dann die Frage der Volksernährung, die schließlich auf den folgenden Tag vertagt wurde.

Zunächst fasste der Reichstag einen einstimmigen Beschluß auf Einsetzung einer Kriegskontrollkommission, dem Staatssekretär Dr. Helfferich im Prinzip zustimmte. Dann ließ sich der Fortschrittler Hubrich dazu gebrauchen, beim Postetat dem Genossen Jubeil das Wort abzusprechen zu helfen, indem er sich im letzten Augenblick vor diesem zum Wort meldete, so daß ein Diskussionsredner zum Wort gekommen und damit ein Schlußantrag möglich geworden war. Genosse Kunert brachte beim Etat der Reichsdruckerei gegenwärtige Anrechnungen von Kriegskrediten auf die Löhne zur Sprache, deren Außerkräftsetzung Staatssekretär Kraetke zusagte. Damit war die dritte Lesung des Etats beendet.

Nunmehr gab vor der Gesamtabstimmung über das Reichsbudget Genosse Ebert im Namen der alten Fraktion eine Erklärung ab, in der nachgeholt wurde, was in der am Tage vorher vom Genossen Gradnauer gehaltenen Etatsrede vermisst worden war: die Begründung für die Ablehnung des Etats. Diese Begründung ging vom Kurs der inneren Politik und besonders von der Hineinbringung der neuen indirekten Steuern in den Etat aus, war also keine grundsätzliche, wie sie durch die Parteitagbeschlüsse gefordert wird und tags vorher vom Genossen Ledebour für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gegeben worden war, sondern eine taktisch-opportunistische. Beide sozialdemokratischen Fraktionen stimmten darauf gegen das Reichsbudget.

Im unmittelbaren Anschluß daran kam die neue Kriegskreditvorlage von zwölf Milliarden zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit hielt der neue Reichschatzsekretär Graf v. Roedern seine Einführungsrede vor dem Hause. Nach ihm gab Genosse Dr. Landsberg für die alte Fraktion eine Erklärung ab, in der er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Milliardenkrediten mit der Kriegssituation begründete. Genosse Haase begründete für seine Fraktion deren grundsätzliche ablehnende Stellung. Er hob dabei besonders hervor, daß die für die Etatsablehnung sprechenden Gründe erst recht für die Ablehnung der Kriegskredite sprechen und schloß mit einem Weiblichen Wort über die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Die scharfen und klaren Worte des Genossen Haase riefen den Staatssekretär Dr. Helfferich auf den Plan, der sich besonders gegen Haases Feststellung wendete, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Schuld an dem Weltkriege trage und den Genossen Haase indirekt als Förderer der imperialistischen Politik Englands hinzustellen suchte. Genosse Haase antwortete knapp und scharf, indem er diese Verdächtigung zurückwies und die Art des Helfferichschen Auftretens vor dem Parlament als Ueberhebung kennzeichnete. Bei der Abstimmung über die Kriegskredite stimmte die neue Fraktion geschlossen dagegen; die Minderheit der alten Fraktion hatte den Saal verlassen, so daß große Lücken in den Reihen der Fraktion den Gegensatz in ihren Reihen auch äußerlich erkennbar machten.

Die Ernährungsdebatte leitete als Berichterstatter Graf Westarp mit einem dreistündigen Referat ein, in dem in ausführlichster Weise die Verhandlungen in der Budgetkommission wiedergegeben wurden. Nach ihm sprach der bayerische Zentrumsmann Wazinger in etwa einstündiger Rede, in der er versuchte, im Konsumenteninteresse eine mächtig kritische Note anzuschlagen und gleichzeitig die schlagende Hand über die angegriffene Landwirtschaft zu halten. Genosse Hoffmann-Kaiferslautern, der in der alten Fraktion taktisch auf dem linken Mehrheitsflügel, sachlich auf dem Minderheitsstandpunkt steht, hielt darauf eine Anklagerede, die unbarmherzig wie ein Hagelwetter in die burgfriedliche Stimmung hineinprasselte. Jeder Satz gemessen und abgewogen, messerscharf und wichtig zugleich, hielt er eine gründliche Abrechnung mit dem ganzen System der Systemlosigkeit und Widersinnigkeit, mit dem die Ernährungsfrage behandelt worden ist. Er ging dabei unerbittlich bis an die Wurzel des Übels, als die er das auf Profit und Ausbeutung beruhende private kapitalistische Wirtschaftssystem bezeichnete, dem der Wucher dieser Kriegszeit notwendig entspringe.

Als Genosse Hoffmann in wirkungsvoller Drafstil die Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalistenklasse im Kriege geißelte, fiel ihm der national-liberale Vizepräsident Dr. Paasche ins Wort und erregte dadurch den Widerspruch bei beiden sozialdemokratischen Fraktionen; Genosse Seyer erhielt einen Ordnungsruf, als er Herrn Paasche zurück, durch seine Geschäftsführung unterstützte er den Wucher. Genosse Hoffmann setzte seine

grundsätzlich und großzügig angelegte Kritik fort und erntete dafür weiter den stürmischen Beifall der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Minderheit und des größten Teils der Mehrheit der alten Fraktion; nur verschiedene der Mehrheitsführer sahen schweigend mit schlichtem Unbehagen über die schonungslose Rücksichtslosigkeit der Rede da.

Staatssekretär Dr. Helfferich suchte ihren nachhaltigen Eindruck sofort abzuschwächen, indem er den vom Genossen Hoffmann angeblich allein hervorgekehrten Schattenseiten die „Lichtseiten“ in der Ernährungsorganisation gegenüberzustellen sich bemühte. Er forderte wiederum den heftigsten Widerspruch unserer Genossen heraus durch die schon bei der Debatte über die Kriegskredite vom Genossen Haase zurückgewiesene Art seines Auftretens. Sehr scharfe Töne gegen die bisherige Ernährungspolitik der Reichsregierung schlug darauf auch der Fortschrittler Hoff-Kiel an, der besonders auf den schreienden Widerspruch hinwies, daß einerseits Fleischnot herrsche und andererseits das Wild rubeilweise die Felder verwüstet, ohne zum Abschluß freigegeben zu werden.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des neuen Lebensmittel-„Diktators“, des Herrn v. Batocki. Er sprach frisch und flott und zeigte für bürokratische Schranken und Formeln wenig Sinn und Verständnis, so daß seine Rede eine durchgängig sympathische, bei den bürgerlichen Parteien sogar freudige Aufnahme fand. Er vermied es, nach irgend einer Seite aggressiv zu reden und suchte offenbar zu dem Vertrauen der Agrarier, das ihn schon in sein neues Amt hineinbegleitet hat, auch noch um das Vertrauen der übrigen Volksschichten zu werben. Ob und wie weit er damit Erfolg haben wird, hängt vor allem von den Taten ab, die er im Kriegsernährungsamt vollführen wird. Nach seiner Rede vertagte der Reichstag die Weiterberatung auf Donnerstag früh 10 Uhr zur vorausichtlichen Schlußsitzung der gegenwärtigen Tagung.

Unsere Genossen mögen den ausführlichen Bericht über die gestrige Reichstagsführung mit besonderer Aufmerksamkeit lesen. Dabei wird ihnen zweifellos der klaffende Widerspruch in die Augen springen, der zwischen der neuen Kreditbewilligung und der Rede des Genossen Hoffmann klafft, mit der sie sicherlich auch die Rede des Genossen Dr. Gradnauer vom Tage vorher nicht in Einklang zu bringen wissen werden. Daraus die richtige Schlussfolgerung zu ziehen, darf man getrost ihrem gesunden Urteil überlassen.

Gegen die Kriegskredite stimmte die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und der Abg. Nölde. Von der „Sozialdemokratischen Fraktion“ enthielten sich der Abstimmung durch Entfernung aus dem Sitzungssaal 22 Abgeordnete, nämlich Kibrecht, Antritz, Baudert, Brandes, Davidsohn, Emmel, Erdmann, Ewald, Edmund Fischer (Sachsen), Fuhs, Hoch, Hofrichter, Hüttmann, Hugel, Jäckel, Krähig, Leuterer, Peirotes, Raute, Reihhaus, Schmidt (Weihen), Simon. In der Fraktion hatte Davidsohn sich der Abstimmung enthalten, gegen die Bewilligung der Kriegskredite haben die übrigen 21 Genossen und außerdem die Genossen Stubbe und Stülken gestimmt. Bei der Abstimmung im Plenum stimmte Stubbe für die Bewilligung, Stülken nahm an der Abstimmung nicht teil, weil er als Schriftführer fungierte.

Die Seeschlacht vor dem Skagerrak in amtlicher Darstellung.

Amtlich. Berlin, 7. Juni. (B. L. B.) Von englischer Seite wird in amtlichen und nichtamtlichen Presse-Telegrammen und in Auslassungen, die von den englischen Missionen im neutralen Ausland verbreitet werden, in systematischer Weise der Versuch gemacht, die Größe der englischen Niederlage in der Seeschlacht vom 31. Mai in Abrede zu stellen und den Glauben zu erwecken, als sei die Schlacht für die englischen Waffen erfolgreich gewesen. So wird u. a. behauptet, daß die deutsche Flotte das Schlachtfeld geräumt, die englische Flotte es dagegen behauptet habe. Hierzu wird festgestellt:

Das englische Gros ist während der Schlacht am Abend des 31. Mai durch die wiederholten wirkungsvollen Angriffe unserer Torpedobootsflottille zum Abbrechen gezwungen worden und seitdem unseren Streitkräften nicht wieder in Sicht gekommen. Es hat trotz seiner überlegenen Geschwindigkeit und trotz des Anmarsches eines englischen Linienschiffes von zwölf Schiffen aus der südl. Nordsee weder den Versuch gemacht, die Fühlung mit unseren Streitkräften wiederzugewinnen, um die Schlacht fortzusetzen, noch eine Vereinigung mit dem vorgenannten Geschwader zu der angestrebten Vernichtung der deutschen Flotte herbeizuführen.

Mit der weiteren englischen Behauptung, daß die englische Flotte vergeblich versucht habe, die fliehende deutsche Flotte einzuholen, um sie vor Erreichung der heimischen Stützpunkte zu schlagen, steht die amtliche englische Erklärung, nach der Admiral Jellicoe mit seiner großen Flotte bereits am 1. Juni in den über 300 Meilen von dem Kampfsplatz entfernten Stützpunkt Scapa Flow (Orkneyinseln) eingelaufen sei, im Widerspruch. So haben denn auch unsere nach der Schlacht zum Nachtangriff nach Norden über

den Schaulatz der Tageschlacht hinaus entsandten zahlreichen deutschen Torpedobootsflottillen von dem englischen Gros trotz eifrigen Suchens nichts mehr angetroffen, vielmehr hatten unsere Torpedoboots hierbei Gelegenheit, eine große Anzahl Engländer von verschiedenen gesunkenen Schiffen und Fahrzeugen zu retten.

Als ein weiterer Beweis für die von den Engländern bestrittene Tatsache der Beilegung der gesamten englischen Kampfplatte an der Schlacht vom 31. Mai wird darauf hingewiesen, daß der englische Admiralsitätsbericht selber die „Marlborough“ als geschichts-unfähig bezeichnet hat. Des weiteren ist am 1. Juni von einem unserer U-Boote ein anderes Schiff der „Aron Duke“-Klasse in schwerbeschädigtem Zustande der englischen Küste zusehend gesichtet worden. Beide vorgenannten Schiffe gehörten dem englischen Gros an.

Um die Größe des deutschen Erfolges herabzumindern, wird ferner von der englischen Presse der Verlust der zahlreichen englischen Schiffe zum großen Teil auf die Wirkung deutscher Minen, Unterseeboote und Luftschiffe zurückgeführt. Demgegenüber wird ausdrücklich betont, daß weder Minen, welche nebenbei bemerkt der eigenen Flotte ebenso gefährlich hätten werden müssen wie der feindlichen, noch Unterseeboote von unserer Hochseeflotte verwendet worden sind. Deutsche Luftschiffe sind lediglich am 1. Juni, und zwar ausschließlich zur Aufklärung benutzt worden.

Der deutsche Sieg ist durch geschickte Führung und durch die Wirkung unserer Artillerie und Torpedowaffe errungen worden.

Es ist bisher darauf verzichtet worden, den vielen angeblich amtlichen englischen Behauptungen über die Größe der deutschen Verluste entgegenzutreten. Die letzte, immer wiederkehrende Behauptung ist, daß die deutsche Flotte nicht weniger als zwei Schiffe der Kaiser-Klasse, die „Westfalen“, zwei Schlachtkreuzer, vier kleine Kreuzer und eine große Anzahl von Torpedobootsgeräten verloren habe. Die Engländer bezeichnen außerdem die von uns als verloren gemeldete „Sommer“ nicht als das aus dem Jahre 1905 stammende Linienschiff von 13 000 Tonnen, sondern als ein modernes Großkampfschiff desselben Namens.

Demgegenüber wird festgestellt, daß der Gesamtverlust der deutschen Hochseestreitkräfte während der Kämpfe am 31. Mai und 1. Juni sowie in der darauffolgenden Zeit beträgt:

- 1 Schlachtkreuzer,
- 1 älteres Linienschiff,
- 4 kleine Kreuzer
- und 5 Torpedoboots.

Von diesen Verlusten sind in den bisherigen amtlichen Bekanntgaben als gesunken bereits gemeldet:

- S. M. S. „Sommer“ (von Stapel gelaufen 1905), S. M. S. „Wiesbaden“, S. M. S. „Elbing“, S. M. S. „Frauenlob“ und 5 Torpedoboots.

Aus militärischen Gründen ist bisher von der Bekanntgabe des Verlustes S. M. S. „Lützow“ und „Rositz“ Abstand genommen worden. Gegenüber falschen Deutungen dieser Maßnahme und vor allem in Abwehr englischer Legendenbildungen über ungeheuerliche Verluste auf unserer Seite müssen diese Gründe nunmehr zurückgestellt werden. Beide Schiffe sind auf dem Wege zu ihren Reparaturhäfen verloren gegangen, nachdem die Versuche selbtschlagen waren, die schwerverletzten Schiffe schwimmend zu erhalten. Die Besatzungen beider Schiffe einschließlich sämtlicher Schwerverletzten sind geborgen worden.

Während hiermit die deutsche Verlustliste abgeschlossen ist, liegen sichere Anzeichen dafür vor, daß die tatsächlichen englischen Verluste wesentlich höher sind, als von unserer Seite auf Grund eigener Beobachtungen festgestellt und bekanntgegeben worden ist. Aus dem Munde der englischen Gefangenen stammt die Bekundung, daß außer „Warspite“ auch „Prince of Royal“ und „Birmingham“ vernichtet sind. Auch ist zuverlässigen Nachrichten zufolge das Großkampfschiff „Marlborough“ vor Erreichung des Hafens gesunken.

Die Hochseeschlacht vor dem Skagerrak war und bleibt ein deutscher Sieg, wie sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß selbst bei Zugrundelegung nur der von amtlicher englischer Stelle bisher zugegebenen Schiffsverluste ein solcher Gesamtverlust von 60 720 deutschen Kriegsschiffstücken ein folder von 117 750 englischen gegenübersteht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englische Gefangene über die Verluste in der Seeschlacht.

Amtlich. Berlin, 7. Juni. (B. L. B.) Nach der Seeschlacht beim Skagerrak sind von deutschen Seestreitkräften eingebracht: Von „Queen Mary“ 1 Fähnrich, 1 Mann, von „Indefatigable“ 2 Mann, von „Tipperary“ 7 Mann, davon 2 verwundet, von „Restor“ 3 Offiziere, 2 Deckoffiziere, 75 Mann, davon 6 Mann verwundet, von „Romad“ 4 Offiziere, 68 Mann, davon 1 Offizier und 10 Mann verwundet, von „Turbulent“ 14 Mann, alle verwundet. Diese insgesamt 177 Engländer wurden von unseren kleinen Kreuzern und unseren Torpedobooten gerettet. Gefangene, die von der 5. Torpedobootsflottille aufgefischt wurden, haben ausgelegt, daß sie den kleinen Kreuzer „Birmingham“ haben sinken sehen und daß der Schlachtkreuzer „Prince of Royal“ schon schwere Schlagschiffe gehabt habe, als sein Schwestereschiff „Queen Mary“ unterging. Andere von der 3. Torpedobootsflottille gerettete Engländer haben schriftlich erklärt, daß sie das Sinken der „Warspite“, der „Prince of Royal“, des „Turbulent“, „Restor“ und „Alcanta“ mit Sicherheit beobachtet hätten.

Gewerkschaftliches.

Kriegsbeschädigtenfürsorge im Malergewerbe.

Auch im Malergewerbe beschäftigen sich seit längerer Zeit die Unternehmer- und Gehilfenorganisationen damit, wie den aus dem Kriege zurückkehrenden beschädigten Berufsangehörigen am besten geholfen werden kann. Schon im November vorigen Jahres unterbreitete der Verband der Maler, zugleich im Auftrage der übrigen Arbeiterorganisationen, den Unternehmerorganisationen bestimmte Vorschläge über gewisse Grundsätze, nach denen bei der Unterbringung und Beschäftigung kriegsbeschädigter Berufsangehöriger von den beiderseitigen Organisationen Verfahren werden sollte. Diese wurden dann im Laufe der Zeit weiterberaten und nach einigen Abänderungen kürzlich von allen Seiten angenommen.

Im Malergewerbe — im weitesten Sinne gefaßt — ist die Unterbringung kriegsbeschädigter Arbeiter mit manchen Schwierigkeiten verknüpft. Die Arbeiten werden hier zum weitaus größten Teile nur außerhalb der eigentlichen Werkstätten auf fortgesetzt wechselnden, oft sehr primitiv eingerichteten Arbeitsstellen unter ganz verschiedenartigen Verhältnissen hergestellt. Darum muß jeder einzelne Arbeiter in der Regel selbständig tätig sein können, mit Ausnahme vielleicht und unter ganz besonderen Bedingungen in den wenigen großen Betrieben, die eine gewisse Teilarbeit einrichten können. Die Arbeiter des Malergewerbes sind aber auch Witterungseinflüssen, schädlichem, teils sogar giftigem Staub und erheblichen Unfallgefahren ausgesetzt; sie müssen ihre Tätigkeit fast vollständig auf Leitern oder von in der Regel recht flüchtig, weil zu vorübergehendem Gebrauch erbauten Gerüsten verrichten. Das alles muß dem vielfach geschwächten Organismus der Kriegsbeschädigten, die sicher mehr zu gewissen Krankheiten neigen und körperlich natürlich hilfloser sind als völlig gesunde Menschen, sehr nachteilig sein.

Somit müßte hier bei der Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in deren Interesse und im Allgemeininteresse auf einen erhöhten Gesundheits- und Unfallchutz Bedacht genommen werden. Zweifellos werden ärztliche Wissenschaft und Technik auch manchen beschädigten Gehilfen wieder zu verhältnismäßig guten Leistungen allgemeiner Art zu befähigen vermögen.

Die nunmehr abgeschlossenen Richtlinien für die Tätigkeit der Unternehmer- und Gehilfenorganisationen bestimmen, daß diese sich gemeinsam bemühen sollen, die kriegsbeschädigten Arbeiter möglichst wieder ihrem früheren Berufszweige, wenn angängig auch dem früheren Betriebe, zuzuführen. Meister und Gehilfen sollen ferner den kriegsbeschädigten Berufsangehörigen behilflich sein, daß sie entsprechend der Anpassungsfähigkeit ihrer verletzten Glieder ihre Arbeitsleistung möglichst bis zu der eines gesunden Arbeiters steigern können. Kriegsbeschädigte, die nicht mehr als Gehilfen beschäftigt werden können, sollen möglichst anderen Arbeitsleistungen zugeführt werden, zum Beispiel als Hilfskräfte in Kontoren, Ateliers, in der Materialverwaltung, zur Beaufsichtigung und Bedienung. Auch zur Weiterbildung soll angeregt werden. Dabei sollen die Fach- und Fortbildungsschulen in Anspruch genommen und die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden erjucht werden, die notwendigen Unterhaltungs-

mittel zu gewähren. Zur Unterbringung kriegsbeschädigter Maler- und Lackierergehilfen in anderen geeigneten Berufen sollen die beiderseitigen Verbände Fühlung mit den anderen Fürsorgestellten pflegen. Zur Arbeitsvermittlung sind in erster Reihe alle auch sonst für das Malergewerbe in Betracht kommenden oder von besonderen Fürsorge-Organisationen für die Kriegsbeschädigten eingerichteten Arbeitsnachweise zu benützen. Wo kein Arbeitsnachweis besteht, sollen die örtlichen Verbände für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten wirken. Den Arbeitsnachweisen bzw. Organisationen wird empfohlen, mit den örtlichen Fürsorgestellten, Lazaretten, Heilanstalten und Behörden rechtzeitig in Verbindung zu treten, um mit diesen über das fernere Fortkommen der in ihrem Berufe nicht verwendbaren Gehilfen zu beraten. Es soll ferner den beiderseitigen Verbandsvorständen über die Zahl der sich meldenden und in Beschäftigung gebrachten Kriegsbeschädigten Mitteilung gemacht werden.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten hat nach den Bestimmungen des Reichstagsvertrages für das Malergewerbe zu erfolgen. Danach sind die mit den weichen Invalidität oder Alter minderleistungsfähigen Gehilfen vereinbarten niedrigeren als tariflich festgesetzten Löhne den Ortsstarikämtern mitzuteilen. Eine geringere als tarifmäßige Entlohnung darf nicht lediglich auf eine Kriegsbeschädigtenrente gestützt werden, es muß vielmehr eine tatsächliche Minderleistungsfähigkeit bestehen.

Es ist zu wünschen, daß es die beiderseitigen Organisationen besonders an den einzelnen Orten mit der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen recht ernst nehmen.

Berlin und Umgegend.

Die Leitergerüstbauer und der Parteifreieit.

Eine Versammlung der Leitergerüstbauer befaßte sich eingehend mit der Schreibweise und der Beilegung des Parteivorstandsflugblattes in den „Couriers“. Durch die Beilegung des Flugblattes im „Courier“, nimmt die Sektion an, haben sich Vorstand und Redaktion zur Postzeit des 4. August bekannt und haben die Verantwortung dafür zu tragen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter aber steht auf einem anderen Standpunkt und die Sektion der Leitergerüstbauer auch. Auch der Redakteur, der den Artikel über den Körnerbau geschrieben habe, und der den Arbeitern den Rat gibt, ihre Kinder aufs Land zu schicken, um dort zu arbeiten, gehört nicht auf den Posten als Redakteur einer Arbeiterzeitung. Den Branchen werde verboten, sich mit Parteifragen zu beschäftigen, uns ist die Tagesordnung Partei und Gewerkschaft nicht gestattet worden, aber im „Courier“ könne man lesen, wie Leute ihre die Partei schädigenden Giertänze aufführen und die Minderheit beschimpfen.

Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der bedauert wird, daß die Schreibweise des „Couriers“ trotz wiederholter Proteste, immer noch dieselbe geblieben sei. Die Leitergerüstbauer verzichteten deswegen fernerhin auf Zustellung des „Couriers“.

Deutsches Reich.

Der Dachdeckerverband im Jahre 1915.

Vor Kriegsausbruch zählte der Verband 8168 Mitglieder. In das neue Geschäftsjahr wurden 4079 Mitglieder übernommen. Ein sehr erheblicher Teil ging wegen Arbeitslosigkeit in andere Berufe über und wurde so der Organisation entfremdet. Eifrige Werbetätigkeit füllte manche Lücke wieder aus, so daß am Schluß des Jahres 2678 Mitglieder vorhanden waren. Die Mitgliederziffer ist seit diesem Frühjahr wieder im ständigen Steigen begriffen, der Verband hofft, daß der tiefste Stand überwunden ist.

Ein Mitgliederbeiträge gingen im Jahre 1915 67 072 M. ein. Davon erhielten die Mitglieder wieder in Form aller Art von Unterstützungen zurück 66 605 M. Es flossen also sämtliche Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen wieder an die Unterstützungsberechtigten zurück. Alle übrigen Kosten für Verwaltung, Bewegungen, Agitation usw. wurden aus den übrigen Einnahmen und dem vorhandenen Kassenbestand gedeckt.

Zaribewegungen aller Art, Forderungen nach Kriegs- und Teuerungszulagen wurden in 108 Orten durchgeführt. Hierdurch ist von den Berufsgeossen eine durchschnittliche Aufbesserung von 4—5 Pf. die Stunde erreicht worden. In den weitaus meisten Fällen wurde die Erhöhung der Löhne allerdings in der Form von Teuerungszulagen oder Kriegszulagen bewilligt. Nur in 39 Orten ist der erhöhte Lohn in der Form verlängerter Tarife als tarifmäßiger Zuschlag vereinbart worden. Die meisten Tarife wurden auf ein Jahr verlängert, ein erheblicher Teil aber auch kurzweg bis nach Beendigung des Krieges, oder, was wohl auf das gleiche herauskommt, bis nach Friedensschluß. In einer Reihe von Städten ist ein tarifloser Zustand eingetreten. — Der Kassenbestand ist nur gegen das Jahr 1914 um 3000 M. gesunken, obgleich in 18 Monaten über 80 000 M. an Kriegs- und Arbeitslosenunterstützungen ausgegeben worden sind. Die Arbeitslosigkeit ist durchweg als schlecht zu bezeichnen. Von 179 befragten Ortsverwaltungen haben nur sieben die Frage mit gut alle übrigen mit schlecht beantwortet. Die Bautätigkeit liegt überall daneben. Trotzdem ist eigentliche Arbeitslosigkeit nicht vorhanden, da die Arbeitskräfte knapp sind und ein Teil in anderen Berufen unterkommen gefunden hat.

Teuerungszulagen in Genossenschaftsbäckereien.

Die Konsumvereine in Ammendorf bei Halle, Erlangen, Jena, Merseburg, Pieschen bei Dresden und in Sagan zahlten nach der „Vader- und Konditorzeitung“ ihren Arbeitern Teuerungszulagen teils einmal, teils laufend, teils auch als Mietzuschüsse.

Ausland.

Die Mitgliederbewegung der schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht soeben die Statistik der ihm angeschlossenen 19 Verbände, die demnach Ende 1915 64 073 Mitglieder zählten gegen 65 177 Ende 1914 und 89 308 Ende 1913. Acht Verbände weisen eine Mitgliederzunahme, elf eine weitere Mitgliederabnahme auf. Der vereinigte Metall- und Uhrenarbeiter-Verband zählt 21 321 Mitglieder gegen 20 904 Ende 1914. Der zweitstärkste Verband, die Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten hat eine Abnahme von 14 729 auf 14 073 Mitglieder erfahren. Die im Berichtsjahr verschmolzenen Verbände der Handels-, Transport- und Lebensmittel-Arbeiter zählten Ende 1915 zusammen 5452 Mitglieder gegen 4824 Ende 1914 und der Holzarbeiterverband ist von 3953 auf 4174 wieder emporgekommen. Mitgliederzunahme haben weiter erfahren die Verbände der Buchbinder, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, des Lokomotivpersonals und der Schneider.

Die schweizerischen Gewerkschafter sehen trotzdem zusehends der Zukunft entgegen, die ihnen neue Erstarfung, Fortschritte und Erfolge bringen wird!

Eingegangene Druckschriften.

- Zur Halbsrage. Von Dr. J. Junz. 24 S. — Verlag des „Berliner Aktionär“, Berlin, Lindenstr. 36.
- Vätertrübsal in Oesterreich. Von J. Ottmann und J. Koller. 2 Bde. — W. Braumüller, Wien und Leipzig.
- Wilder aus der märkischen Vorzeit. Von Dr. A. Rieckebusch. 240 S. — D. Reimer, Berlin SW. 48.
- Wiking-Bücher. Band 18: Die Schulbank der Liebe. Von H. Hirschberg-Jura. — Band 19: Kerker. Von B. Schaefer. Einzelband geb. 1 M. — Verlag der Wiking-Bücher, Leipzig.

Blusen & Röcke für Pfingsten!



Bluse aus Schleierstoff, mit schöner Stickerei und schönem Kragen 7.—

Die so beliebte, praktische Schleierstoffbluse mit dunklem Blumenmuster. Fein Verarbeitung 10.75

Neuere Form in Blusen. Der hübsche Kragen und der Kragen mit doppeltem Hohlraum verziert 8.50

Praktischer Rock aus rau kariertem Ware mit besonders hübschen Taschen 9.50

Weißer Rock aus Friesstoff, glatte Form, hübscher Gürtel 9.—

Waschrock aus gutem Friesstoff mit hübscher Nieder- u. Knopfgarnierung, glatter Fall 7.50

Rönigstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Sonntags geschlossen!

Chausseestraße 113
Zeilm Steilner Bahnhof

Aus Groß-Berlin.

Mängel bei der Fleischverteilung.

Uns wird geschrieben: „Vor einiger Zeit ist in einer Versammlung des Deutschen Völkerverbundes beschloffen worden, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden, um den in Arbeit stehenden Frauen und Mädchen den Bezug von Lebensmitteln zu erleichtern.

Der Krieg hat eine große Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet mit sich gebracht. Laufende und aber Laufende von Frauen und Mädchen sind an Stelle der zum Heeresdienst einberufenen Männer gezwungen gewesen, Arbeit im Handwerk, in der Industrie, im Handel anzunehmen. Diese gehen früh zur Arbeit, kehren erst spät abends heim.

Durch die nicht genügende Versorgung des Lebensmittelmarktes entstanden Ansammlungen vor den Lebensmittelgeschäften. Jeder will der erste sein. Am Freitag um 7 Uhr vor der Tür des Geschäfts, so war Frau S. am nächsten Tage bereits um 6 1/2 Uhr dort.

Auch hierdurch entstehen Ansammlungen. Diejenigen, die im Besitz der Nummern 101-200 sind, kommen möglichst frühzeitig, also vor 1/10 Uhr, bevor die erste Nummernreihe abgefertigt ist.

Da Anspruch auf Fleisch nur derjenige hat, der in der für ihn bestimmten Zeit daselbst entnimmt, gehen leider wieder Laufende von Frauen, die im Betriebe tätig sind, leer aus.

Den in Arbeit stehenden Frauen muß ihr Anteil für sich und die Familie an Fleisch gewahrt werden. Es kann das dadurch geschehen, daß die Frauen auf Grund einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers von der Brotkommission eine Ausweiskarte erhalten, worauf sie dann ihren Anspruch bei dem Fleischmeister anmelden und sich das Fleisch abends abholen können.

Obwohl auch dieses nur ein Hilfsmittel ist, so glauben wir doch, daß durch die Befolgung des Vorschlages die größten Härten beseitigt werden können.

Unser Beobachtungen bestätigen die Tatsache, daß der Fleischverkauf auf eine zu kurze Zeitdauer bemessen ist. Wenn Fleischer in einer Stunde 50 Käufer abfertigen wollen, ohne daß mehrere Verkäufer dabei mitwirken, so müssen zahlreiche Kunden warten, denn in reichlich einer Minute kann bei der umständlichen Rechnerei kein Kunde bedient werden.

Aus der Berliner Grundstücks- und Wohnungsstatistik.

Der Krieg hat die Bautätigkeit in Berlin stark gehemmt und fast zum Stillstand gebracht. Das zeigen auch die Ergebnisse der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme, die von der Steuerverwaltung alljährlich zum Zweck der Grundsteuerveranlagung ausgeführt wird.

In 1914/15 wurden 29816 Grundstücke gezählt, wovon 28570 bebaut und 1246 unbebaut waren. Gegenüber 1913/14 ist eine Mehrung um nur 43 Grundstücke zu verzeichnen, bei den bebauten um 24, bei den unbebauten um 19.

stücken die unbemittelt gebliebenen. Im letzten Jahre waren es 811, um 148 mehr als im vorletzten.

Hiernach stellte sich die Zahl aller benutzten Grundstücke im letzten Jahre auf 29005, nämlich 28570 bebauten und 435 von den unbebauten. Gegenüber dem vorletzten Jahre ergibt sich hier ein Rückgang um 105 benutzte Grundstücke, weil dem Mehr von 24 bebauten und benutzten Grundstücken bei den unbebauten ein Weniger von 129 benutzten gegenübersteht.

Der gesamte Nutzungswert aller benutzten Grundstücke hat sich gleichfalls verringert. Er wurde für das letzte Jahr auf etwa 522 1/2 Millionen Mark berechnet, das sind um etwa 2 1/4 Millionen weniger als im vorletzten Jahre.

Die Verringerung des Nutzungswertes der Grundstücke infolge Mietermäßigungen oder Nichtvermietungen hat die zu Besteuerungszwecken vorgenommene Abschätzung des gemeinsamen Wertes nicht beeinflusst, weil nur dauernder Ertragrückgang eine Wertverminderung bedingt.

Die Fleischkarte in der Gastwirtschaft. Für Inhaber von Speisewirtschaften hat die Fleischkarte mancherlei Unbequemlichkeiten gebracht; zumal jede Gemeinde für sich besondere Bestimmungen trifft.

Laut Magistratsverordnung vom 25. Mai 1916 erfolgt die Abgabe der Fleischspeisen bis auf weiteres nur gegen Abtrennung eines Abschnittes der Berliner oder Charlottenburger Fleischkarte.

Am Unfallschicksal zu begegnen, die bei Abgabe von Speisen sich ergeben haben, gibt der Magistrat folgende Erläuterung darüber, welche Speisen Fleischkartenpflichtig sind:

„Es sind in Gastwirtschaften Zweifel aufgetreten, ob Eingeweide, Lunge, Niere, Schwein, Schaf unter die Fleischkarte fallen. Die Frage ist nach der Verordnung des Magistrats vom 25. Mai 1916 zu bejahen. Die Abgabe eines Fleischkartenabschnittes ist in Restaurationsbetrieben auch dann erforderlich, wenn das Fleisch von den vorgenannten vier Viehgattungen in geräucherter oder gepökeltem Zustande verabreicht wird.

Im Zusammenhang damit sei besonders noch darauf hingewiesen, daß die abgetrennten Fleischkartenabschnitte von Speisewirtschaften u. dergl. sowie auch von Fleischern und Fleischveräußern sorgsam aufzubewahren und am Schluß jeder Woche dem Magistrat (Bleicheverteilungsstelle, Bleichhof) einzuliefern sind;

Folgen eines Unfalls. Ein scheinbar geringer Unfall, der in dem Betriebe „Anorrbremse“ (Lichtenberg) sich Mitte März ereignete, hat für den davon Betroffenen, einen in Neukölln wohnenden siebzehnjährigen Arbeiter, sehr schlimme Folgen gehabt.

Ein scheinbar geringer Unfall, der in dem Betriebe „Anorrbremse“ (Lichtenberg) sich Mitte März ereignete, hat für den davon Betroffenen, einen in Neukölln wohnenden siebzehnjährigen Arbeiter, sehr schlimme Folgen gehabt. Ihm fiel während der Arbeit ein Stück Eisenrohr auf den Kopf, weil aber dabei keine blutende Verletzung entstand, so beachtete er die Sache nicht groß und arbeitete weiter.

zwei Privatärzte nach einander herbeirufen. Einige Tage später erfolgte die Heberführung in das Neuköllner Krankenhaus zu Budow, wo der junge Mann nach zwei Wochen starb.

Die Rindfleischpreise.

Als Erläuterung zu der Verordnung über Höchstpreise für Rindfleisch wird mitgeteilt, daß Schabefleisch im Preise, dem fatteren Fleisch von der Keule (2,80 M. für das Pfund), und gehacktes Rindfleisch dem Fleisch vom Vorderviertel (2,30 M. für das Pfund) gleichzusetzen ist.

Arbeiterbildungsschule. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaale der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 8 Tr., der zweite wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Genosse Ernst Däumig wird das Thema „Mesopotamien und die englische Herrschaft in Indien“ behandeln.

Ein Bande von „Verdringungseinbrechern“ wurde gestern in Neukölln unschädlich gemacht. Eine Frau in der Vobbinstr. 7 beorderte gestern nachmittag ihren Gatten. Nachdem sie sich nach dem Friedhof begeben hatte, stand die Wohnung ohne Aufsicht.

Totgefahren.

Von einem Straßenbahnwagen der Linie 82 wurde gestern nachmittag nach 8 Uhr in der Reinickendorfer Straße in der Nähe des Birchow-Krankenhaus ein dreijähriges Kind angefahren, das über die Gleise laufen wollte.

Ein falscher Arzt, der in der Masse eines Wohlhabenden jungen Mädchen nachstellte und verhaftet wurde, versuchte gestern im Polizeigewahrsam seinem Leben ein Ende zu machen. Vor einigen Tagen stellte sich bei einer Witwe in Rudow ein Mann vor, der erzählte, er komme als Arzt einer Wohlfahrtsgesellschaft, um die Familienangehörigen, denen eine Unterstichung zugebacht sei, auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern auf dem Laubengänge an der Stahlhämmerstraße aufgefunden. Sie war in Papier eingewickelt und verschliffen und wurde der Polizei übergeben.

Aus den Gemeinden.

Fleischspeisekarten im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises macht bekannt, daß den Gastwirtschaften und Speiseanstalten Fleisch nur noch gegen Vorlegung von Fleischspeisekarten abgegeben werden darf. Die Speisekarten sind auf Antrag bei den Gemeinde- oder Gutsbehörden den Personen zu gewähren, die eine Fleischkarte beanspruchen können.

Gemeinde-Sparkasse und Leihamt in Weiskirchen.

Das Kalenderjahr 1915 hat der Sparkasse einen erheblichen Zuwachs an Spareinlagen gebracht. Es wurden an Spareinlagen 2 750 560 M. vereinnahmt und 2 310 865,50 M. verausgabt.

